



## Niederschrift

### 82. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 30.01.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	von 17:10 - 20:00 Uhr
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	bis 19:05 Uhr
Herr Brödnö, Sven	Die Andere	bis 18:30 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	entschuldigt
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1	Herr Henrich, Herr Hagen, Stadtsportbund
Frau Fischer, GB 2	Herr Gerlach, LSB Brandenburg
Frau E. Müller, GB 3	Herr Albrecht, Regiebetrieb Luftschiffhafen
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4	Dr. Grützke, Europäisches Bürgernetzwerk
Frau Kosel, Personalrat	Herr Finger, Herr Münchehofe, Gutachter
Herr Zeretzke, Bereich Teilnehmungsmanagement	Herr Dr. Mestwerdt, Rechtsanwalt
Herr Richter, KIS	
Frau Ewers, FB Schule und Sport	
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters	
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 16.01.2008
  
- 2            Liquidation der EGF Entwicklungsgesellschaft Fahrland mbH  
Vorlage: 07/SVV/0937  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
  
- 3            Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: 07/SVV/0948  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  
- 4            Rahmenvertrag Campus Am Jungfernsee  
Vorlage: 07/SVV/1047  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
  
- 5            Luftschiffhafen  
Vorlage: 07/SVV/1060  
Fraktion SPD
  
- 6            Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK): Prioritäre Projekte  
Vorlage: 07/SVV/1074  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  
- 7            Straßenneubenennung in 14469 Potsdam (B-Plan 34-1 Ribbeckstraße / Blumenstraße)  
Straßenumbenennung in 14476 Potsdam OT Neu Fahrland  
Vorlage: 08/SVV/0057  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
  
- 8            Mitteilungen der Verwaltung
  
- 8.1         Bericht zur Prüfung der Möglichkeiten von ÖPP-Modellen zur Sanierung von Schulen und KITA'S  
Vorlage: 07/SVV/1100  
Oberbürgermeister, KIS
  
- 8.2         Entwicklung Bürgerkommune
  
- 8.3         Preisentwicklung der Energie und Wasser Potsdam GmbH für Strom und Gas  
Vorlage: 08/SVV/0071  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
  
- 8.4         Bericht über das Gutachten zur Feststellung des ortüblichen Entgeltes für Erholungsgärten  
Vorlage: 07/SVV/1101  
Oberbürgermeister, KIS

**Protokoll:****Öffentlicher Teil****zu 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 16.01.2008**

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Knoblich begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung verweist Frau Knoblich darauf, dass Herr Grützke vom Europäischen Bürgernetzwerk Europa zum Tagesordnungspunkt 8.2 Rede-recht erhalten soll, wogegen sich seitens der Mitglieder des Hauptausschusses kein Widerspruch erhebt.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung liegen nicht vor; die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 81. öffentlichen Sitzung vom 16.01.2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen, bestätigt.

**zu 2      Liquidation der EGF Entwicklungsgesellschaft Fahrland mbH  
Vorlage: 07/SVV/0937**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Exner verweist eingangs auf die vom Ausschuss für Finanzen empfohlene Änderung des Termins der Liquidation der EGF Entwicklungsgesellschaft Fahrland mbH, die nun zum 01.04.2008 erfolgen soll sowie auf die zustimmende Stellungnahme des Ortsbeirates Fahrland.

In der anschließenden **Abstimmung** wird die vom Ausschuss für Finanzen vorgeschlagene Terminänderung der Auflösung zum 01.04.2008 **einstimmig** angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die EGF Entwicklungsgesellschaft Fahrland mbH wird mit Wirkung zum 01.04.2008 aufgelöst.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 3      Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: 07/SVV/0948**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt aus, dass ca. 60 Änderungsvorschläge aus den

Fraktionen, den Ortsbeiräten und den Ausschüssen vorliegen, von denen ca. der Hälfte nicht gefolgt werden könne. Da nicht alle Voten der Ortsbeiräte in den Beratungen der Ausschüsse vorlagen, schlage sie vor, den Flächennutzungsplan mit allen Änderungen und Ergänzungen erneut im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen auf der Grundlage entsprechender Stellungnahmen der Verwaltung zu beraten und in der März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abschließend zu behandeln.

Im Weiteren werde die Verwaltung zu den Fraktionssitzungen am 04.02.2008 zu den Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 4      Rahmenvertrag Campus Am Jungfernsee**

**Vorlage: 07/SVV/1047**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf die Voten des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft, die der Vorlage zugestimmt haben und auf die Zielstellung der Verwaltung, die Planreife für das Vorhaben im IV. Quartal 2008 zu erreichen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Rahmenvertrag über die Entwicklung des Geländes der ehemaligen Nedlitzer Kasernen im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH und der Objektgesellschaft Campus Am Jungfernsee GmbH & Co. KG.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

#### **zu 5      Luftschiffhafen**

**Vorlage: 07/SVV/1060**

Fraktion SPD

Herr Schubert verweist darauf, dass die Ausschüsse für Bildung und Sport sowie für Finanzen kein Votum abgegeben haben, da noch Gesprächsbedarf bestehe bzw. eine tragfähige Lösung mit der Fraktion DIE LINKE gefunden werden solle. Seitens der Verwaltung gebe es einen Kompromissvorschlag, der diese Lösung sein könnte.

Herr Exner stellt den genannten Kompromissvorschlag mit folgendem Wortlaut vor:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt:*

- 1. als unverzügliche Maßnahme den Betrieb des „Sportareals Luftschiffhafen“ einschließlich des dafür erforderlichen Personals auf eine zu gründende Tochtergesellschaft der Pro Potsdam GmbH zu übertragen und dies entsprechend vertraglich zu regeln,*
- 2. ein Konzept zur langfristigen Entwicklung und Optimierung des Betriebes des Luftschiffhafens unter Inanspruchnahme externer Beratung vorzule-*

*gen, um zu klären, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchem Betriebsmodell das „Sportareal Luftschiffhafen“ nachhaltig betrieben werden soll.*

*Das Langfrist-Konzept soll auf der Grundlage einer Potenzialanalyse erstellt und mit Optimierungsvarianten vorgestellt werden. Insbesondere die vorrangig sportliche Ausrichtung des Areals und die Verfügungsmöglichkeit der Landeshauptstadt über das Grundvermögen sind darzustellen.*

Er betont in seinen Ausführungen, dass der Regiebetrieb nicht die optimale Organisationsform und ein Handeln jetzt erforderlich sei, da sich mit Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung die Rahmenbedingungen verschärfen und eine Änderung der Betreiberform erschweren.

Herr Dr. Scharfenberg bringt anschließend den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut ein:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zum Juni 2008 ein Konzept zur Entwicklung des Luftschiffhafens vorzulegen.*

*Dabei ist zu prüfen:*

- a) ob der Regiebetrieb „Sportareal Luftschiffhafen“ zu einem Eigenbetrieb umgewandelt wird, dem alle Sportstätten der Stadt zugeordnet werden oder*
- b) ob der Regiebetrieb „Sportareal Luftschiffhafen“ in eine privatwirtschaftliche Gesellschaft überführt und als Tochterunternehmen in die städtische Gesellschaft „Pro Potsdam“ eingegliedert wird.*

*In jedem Fall sind die sportliche Ausrichtung des Areals und die Verfügung der Stadt über die Grundstücke zu sichern.*

*Der Hauptausschuss und der Ausschuss für Bildung und Sport sind alle zwei Monate über den Stand zu informieren.*

Er betont, dass in diesem Änderungsantrag die Prüfung der Varianten „kommunaler Eigenbetrieb“ und „Tochterunternehmen der Pro Potsdam“ enthalten sei. Er meine, dass das von Herrn Exner gezeichnete Bild „unverzögerlicher Maßnahmen“ nicht nachvollziehbar sei, da diesbezüglich kein „Notstand“ herrsche. Für das Areal werde keine Übergangslösung, sondern eine dauerhafte Entscheidung benötigt und letztlich sei die Eigenbetriebsvariante auch nicht neu. Seine Fraktion könne dem Kompromissvorschlag nur zustimmen, wenn der Punkt 1 gestrichen werde und die Verwaltung zusage, dass eine Prüfung und Vorbereitung einer Entscheidung für die Stadtverordnetenversammlung zügig, und damit sei bis Mitte des Jahres gemeint, erfolge.

Herr Schubert meint, dass eine „Hängepartie“ bis zum Sommer nicht in Ordnung sei, denn durch Grundstücksklärungen habe sich das Areal vergrößert und es seien zahlreiche bauliche Maßnahmen geplant. Hier müsse mehr „Tempo rein“ und ein Stillstand bis zum Sommer sei nicht hinnehmbar. Deshalb und wegen des geplanten Baus der Mehrzweckhalle favorisiere die Fraktion SPD die Übertragung der Aufgaben an eine Tochtergesellschaft der Pro Potsdam.

Herr Schüler führt aus, dass der Regiebetrieb mit den Aufgaben betraut wurde, um Erfahrungen zu sammeln. Ihm sei nicht bewusst, dass es dazu einen entsprechenden Bericht gebe, der für eine Entscheidung genutzt werden könne. Ihm wäre „wohler“, wenn es so wäre und deshalb schlage er vor, in 4 – 6 Wochen einen Situationsbericht zu erhalten, um zu wissen, ob schnell gehandelt werden

müsse oder Zeit bis zum Sommer diesen Jahres sei.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass die Fraktion SPD den Bau der Mehrzweckhalle nicht als Grund für eine Übertragung an die Pro Potsdam nutzen sollte, denn für dieses Vorhaben gebe es klare Aufträge, die nicht dazu berechtigen, die Verantwortung für das gesamte Areal Luftschiffhafen zu erhalten. Außerdem habe das Vorhaben nicht den Fortschritt, der immer in Aussicht gestellt wurde.

Frau Bankwitz betont, dass der Antragsteller die Potenziale der Stadt nicht erkannt habe, die z.B. durch den KIS geleistet werden können. Sie meine, die Thematik sei nicht tiefgründig erkundet und die Konsequenzen nicht durchdacht. Außerdem habe die Stadt mit der Übertragung von Aufgaben bisher nicht die gewünschten Erfolge erzielt. Außerdem halte sie es für schwierig, diese Teilaufgaben im „großen Haushalt“ der Pro Potsdam nachvollziehen zu können.

Herr Exner empfiehlt, die Diskussion in den Fachausschüssen zu vertiefen und nicht nur über den Status quo zu reden, sondern auch strategische Fragen zu stellen. Die geäußerten Bedenken, die Verfügungsgewalt aus der Hand zu geben, seien nachvollziehbar. An anderer Stelle sei aber genau das richtig gewesen und es gebe auch die Möglichkeit, kombinierte Lösungen zu finden. Deshalb sollten die Bedenken und Schwierigkeiten analysiert werden und man sollte versuchen, diese auszuräumen. Die Entscheidung von knappen Mehrheiten abhängig zu machen, könne nicht die Lösung sein.

Herr Heinzl betont die Bedeutung des Areals Luftschiffhafen für den Breiten- und den Spitzensport und favorisiert ein längerfristiges Konzept. Er unterstützt den Vorschlag einer erneuten Beratung im Ausschuss für Bildung und Sport sowie für Finanzen. Daran anschließend ergänzt Herr Schubert, dass beide Ausschüsse gemeinsam beraten sollten, um sowohl die sportlichen als auch die finanztechnischen Aspekte zu berücksichtigen. Im Weiteren meine er, dass es nicht um eine Bewertung des Regiebetriebes gehe, da dieser für das jetzige Vorhaben nie ausgelegt war. An die Empfehlung der erneuten Beratung in den Fachausschüssen anknüpfend, fragt Frau Dr. Müller, welchen konkreten Auftrag diese erhalten sollen. In letzter Zeit sei häufig zu beobachten, dass aus einer Hilflosigkeit heraus in andere Ausschüsse überwiesen werde. Ohne konkreten Auftrag sei eine erneute Beratung aber nicht ergiebig.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, etwas „in der Hand“ zu haben, was zu einer Entscheidung befähige und die Varianten, so wie im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE gefordert, gegenüberstelle. Ziel sei eine „saubere“ Entscheidungsgrundlage und keine zeitliche Verzögerung. Der Standort sei ein Juwel und hier müsse die sportliche Ausrichtung gesichert werden.

Herr Schüler spricht sich gegen eine erneute Beratung in den Fachausschüssen aus, denn es habe gute Gründe, dass beide Ausschüsse bisher zu keinem Ergebnis gekommen seien. Am heutigen Tag sei keine Entscheidung möglich, denn dazu wäre auch eine Anhörung des Regiebetriebes nötig und eine Bewertung, ob dieser wirklich nicht in der Lage sei, die Aufgaben zu übernehmen. Das wiederum hänge aber davon ab, welche konkreten Aufgaben überhaupt übertragen werden sollen. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Verwaltung zu beauftragen, für die Sitzung des Hauptausschusses am 27. Februar 2008 einen Bericht des Regiebetriebes zu geben und erst dann über den Antrag und den Änderungsantrag abzustimmen.

Herr Exner entgegnet, dass sich die Beratung in den Fachausschüssen und der geforderte Bericht des Regiebetriebes nicht entgegenstehen, sondern mit einer ersten Stärken- und Schwächenanalyse verbunden werden sollte. Ebenso hält Herr Schubert die Ausschussberatung für sinnvoll und spricht sich dafür aus, Betroffene dazu einzuladen und sie zu ihren Vorstellungen zu befragen. Herr Schüler verweist darauf, dass die Ausschüsse ein Selbstbefassungsrecht haben, die abschließende Stellungnahme aber dem Hauptausschuss obliege.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die Verwaltung zu den beiden im Ände-

rungsantrag der Fraktion DIE LINKE möglichen Varianten bis zum 27. Februar 2008 Stellung nehmen könne. Herr Exner antwortet darauf, dass das ,was mit „Bordmitteln“ gemacht werden könne, gemacht werde, d.h. ein Bericht des Regiebetriebes und der Betroffenen, die Darstellung der damit verbundenen strategischen Fragen sowie die Gegenüberstellung der möglichen Varianten.

Anschließend wird der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Schüler, die Entscheidung bis zum 27. Februar zurückzustellen und die Verwaltung mit einem Bericht des Regiebetriebes, einschließlich eines Berichts der Betroffenen, zu beauftragen sowie die Zusage von Herrn Exner, bis dahin die damit verbundenen strategischen Fragen darzustellen und die möglichen Varianten gegenüberzustellen, zur Abstimmung gestellt und **einstimmig angenommen**.

zu 6 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK): Prioritäre Projekte**  
**Vorlage: 07/SVV/1074**  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert über ein Schreiben des Ministeriums für Raumordnung, in dem mitgeteilt werde, dass Potsdam zu den Städten gehöre, die von den 40 Millionen EFRE-Mitteln profitieren werden. Die Mitteilung über die für Potsdam konkret zur Verfügung stehende Summe stehe allerdings noch aus. Trotzdem schlage die Verwaltung die in der Anlage 1 aufgeführten 10 Projekte plus die Speicherstadt vor. Für die Speicherstadt sei ein von der EU und vom Land noch zu entwickelnder Stadtentwicklungsfonds für die Anwendung vorgesehen. Frau Dr. Schröter bittet anschließend um eine Klarstellung bezüglich der Position 6, zu der auch der Ausschuss für Kultur dafür votiert habe, diese in der Art zu „entflechten“, dass das Alte Rathaus als auch das Potsdam-Museum, unabhängig von den noch ausstehenden Standortentscheidungen, als Maßnahmen des INSEK-Konzeptes dargestellt werden. Im Ergebnis der dazu geführten Diskussion schlägt Herr Schüler vor, in der **Anlage 1** als **Priorität 6** das **Potsdam Museum** mit Gesamtkosten von 900.000 € und als **Priorität 7** das **Alte Rathaus** mit Gesamtkosten von 6.200.000 € einzufügen und alle anderen nachfolgenden Positionen in ihrer Priorität entsprechend zu ändern.

Herr Kümmel spricht sich dagegen aus, da die INSEK-Mittel sowieso sehr begrenzt seien und er davon ausgehe, dass nur die ersten 3 Projekte damit abgedeckt werden können und die anderen nicht. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, mit wie viel Geld in welchem Zeitraum zu rechnen sei, antwortet Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass 15 Städte mit insgesamt 40 Millionen Euro über einen Zeitraum von 2007 – 2013 gefördert werden. 12 Millionen Euro habe die Stadt Potsdam „angemeldet“; wie viel letztlich fließen werde, sei offen. Die von Herrn Schüler vorgeschlagene Splittung der Positionen „Potsdam Museum“ und „Altes Rathaus“ sei möglich, weil die Summe im Ergebnis gleich bleibe.

Die von Herrn Schüler vorgeschlagene Änderung, in der **Anlage 1** als **Priorität 6** das **Potsdam-Museum** mit Gesamtkosten von 900.000 € und als **Priorität 7** das **Alte Rathaus** mit Gesamtkosten von 6.200.000 € einzufügen und alle anderen nachfolgenden Positionen in ihrer Priorität entsprechend anzupassen, wird zur Abstimmung gestellt:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Als Konkretisierung der Schlüsselmaßnahmen aus dem INSEK werden gemäß Anlage folgende Projektprioritäten für die EFRE-Förderung des Landes Brandenburg mit dem Schwerpunkt Nachhaltige Stadtentwicklung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung für 2007 bis 2013 gesetzt.

In der **Anlage 1** sind als **Priorität 6** das Potsdam-Museum mit Gesamtkosten von 900.000 € und als **Priorität 7** das Alte Rathaus mit Gesamtkosten von 6.200.000 € einzufügen; alle anderen nachfolgenden Positionen werden in ihrer Priorität entsprechend angepasst.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

- zu 7 Straßenneubenenennung in 14469 Potsdam (B-Plan 34-1 Ribbeckstraße / Blumenstraße)  
Straßenumbenennung in 14476 Potsdam OT Neu Fahrland  
Vorlage: 08/SVV/0057  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen**

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Die neu entstehende Planstraße im B-Plan-Gebiet 34-1 – Ribbeckstraße / Blumenstraße soll benannt werden in „**Am Krongut**“.
2. Auf Grund von Schwierigkeiten in der Adressfindung der Häuser „Am Stinthorn“ 2A, 3, 3A und 3B in 14476 Potsdam, OT Neu Fahrland, soll dieser Straßenabschnitt als Weiterführung der bestehenden Straße „Im Apfelgarten“ in „**Im Apfelgarten**“ umbenannt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 8.1 Bericht zur Prüfung der Möglichkeiten von ÖPP - Modellen zur Sanierung von Schulen und KITA'S  
Vorlage: 07/SVV/1100  
Oberbürgermeister, KIS**

Herr Kümmel fragt nach, ob die für Januar 2008 vorgesehene Ausschreibung auch erfolgen werde. Herr Richter entgegnet, dass das „nicht ganz klappen werde“, weil noch Abstimmungen mit der Kontaktstelle bei der ILB notwendig waren und die „Endredaktion“ der Ausschreibung noch einige Tage in Anspruch nehmen werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Entwicklung Bürgerkommune**

Eingangs erhält Herr Dr. Grütze vom Europäischen Bürgernetzwerk das Rede-



recht und informiert u.a. über Ziele, Inhalte und Ergebnisse der ersten Bürgeragora in Brüssel. Im Weiteren unterbreitet er Vorschläge, die eine Bürgeragora auch in Potsdam möglich machen könne. Darauf Bezug nehmend schlägt Herr Schubert vor, die vorgetragenen Ideen in der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt zu prüfen und auf das „Machbare herunterzubrechen“. Herr Exner verweist darauf, dass sich 1.149 Menschen am Bürgerhaushalt beteiligt hätten, was sich durchaus sehen lassen könne. In der neuen Kommunalverfassung seien bezüglich der Bürgerbeteiligung auch zusätzliche Aspekte enthalten, die eine Hauptsatzungsänderung notwendig machen. In diesem Zusammenhang könne auch geprüft werden, was von den Vorschlägen Berücksichtigung finden könne. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Bürgerkommune ein anspruchsvolles Ziel sei und um das zu erreichen, müsse eine Atmosphäre erzeugt werden, die die Bürger veranlasse mitzudenken, mitzuhandeln und mitzuentcheiden. Die von Herrn Dr. Grützke unterbreiteten Vorschläge könnten dazu beitragen und sollten entsprechend des Vorschlags von Herrn Schubert in der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt diskutiert werden.

**zu 8.3      Preisentwicklung der Energie und Wasser Potsdam GmbH für Strom und Gas**

**Vorlage: 08/SVV/0071**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4      Bericht über das Gutachten zur Feststellung des örtlichen Entgeltes für Erholungsgärten**

**Vorlage: 07/SVV/1101**

Oberbürgermeister, KIS

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass die von der StVV geforderten Gutachten nun vorliegen und ein Maß an Transparenz schaffen. Das ersetze jedoch nicht die Einzelfallprüfung, so wie im Anschreiben vom 23.01.2008 auch dargelegt worden sei. Da das Material erst am Montag, dem 28.01.2008 ausgereicht worden sei und somit eine Verständigung in den Fraktionen noch nicht möglich war, schlage er vor, den anwesenden Gutachtern Fragen stellen zu können und die Angelegenheit in 14 Tagen abschließend zu behandeln, mit dem Ziel, den Vorgang bis Mitte des Jahres abzuschließen.

Die stellvertretende Vorsitzende bittet die anwesenden Gutachter um eine kurze Darstellung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten. Herr Finger informiert, dass er mit seinem Sohn und dem Gutachter Herrn Münchehofe eine Sachverständigengruppe gebildet und das Gebiet Potsdam in 5 Zonen für die Bewertung der Erholungsgärten untergliedert habe. Auf dieser Grundlage operierend und unter Hinzuziehung weiterer Datenquellen habe man versucht, die Ortsüblichkeit nachzuweisen.

Anschließend werden durch die Mitglieder des Hauptausschusses Nachfragen gestellt, die Herr Finger und Herr Münchehofe beantworten. So von Herrn Dr. Scharfenberg zum Bezug der Gutachten zur Nutzungsentgeltverordnung, zur Vergleichbarkeit und Identifizierbarkeit von tatsächlich vorhandenen Grundstücken, zur Beantragung der Entgelte beim Gutachterausschuss, zum durchgeführten Verfahren, zur Anzahl der ausgewerteten Pachtverträge und zum höchsten Wert, der der Auswertung zu Grunde liege; von Herrn Schubert zur Systematik der Wertzonen sowie von Frau Bankwitz zur Berechnung von Zuschlägen, zur Bebauung der Grundstücke und zum Zusammenhang mit der Grundsteuer.

Auf die Nachfrage von Herrn Kümmel, wie nun mit den Pachtverträgen umgegangen werde, antwortet Herr Exner, dass die Stadt laut Gemeindeordnung

gehalten sei, den „vollen Wert“ zu berechnen und das so auch geschehen werde. Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Umgang mit so genannten Altverträgen und verweist darauf, dass mit den vorgelegten Gutachten auch eine Differenzierung möglich sei und damit auch verantwortungsbewusst umgegangen werden müsse. Pächter, die ihren Garten aus einer Müllkippe urbar gemacht hätten, dürften dafür nicht mit einer hohen Pacht belegt werden. Dazu sollte sich in 14 Tagen eine abschließende Meinung gebildet werden. Herr Schubert meint, dass der Ausgangspunkt 1,80/m<sup>2</sup> gewesen sei und die jetzt vorliegenden Gutachten für die Arbeit des KIS sprechen, da sie annähernd gleiche bzw. sogar noch höhere Werte ermittelt haben. Er stimmt dem zu, dass man sich zu den Altverträgen etwas einfallen lassen müsse, das aber unter Berücksichtigung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes. Frau Bankwitz spricht sich dagegen aus und betont, dass die Gutachter schließlich auch zu bezahlen seien und dafür müsse der KIS sehr lange vermieten.

## **zu 9      Sonstiges**

Frau Dr. Müller verweist auf ein Schreiben an die Fraktionen zur Schulwegsicherheit in der Kurfürstenstraße und fragt nach, wie das Problem zu händeln sei, damit nicht jede Fraktion einzeln die Thematik in Angriff nehme. Frau E. Müller antwortet, dass dieses Schreiben auch der Verwaltung vorliege und diese Angelegenheit im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz und Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen zu klären sei. Die Verwaltung werde alles „zusammentragen“ und in 14 Tagen im Hauptausschuss informieren.

Herr Schüler nimmt Bezug auf eine Pressemitteilung, in der stehe, dass die Vollstreckung von Bußgeldbescheiden der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten durch die Stadt nicht möglich sei mangels fehlender Rechtsgrundlage. Dies, so meine er, sei falsch und er bittet die Verwaltung darauf zu achten, dass derartige Mitteilungen korrekt erfolgen. Im Weiteren habe es eine Pressemitteilung gegeben, dass Mietverträge mit Freien Trägern in der Schiffbauergasse „unter Dach und Fach“ und mit Frau Fischer geschlossen worden seien. Er frage sich, wieso nicht mit dem KIS, der nach Beschlusslage dazu beauftragt sei.

Herr Exner antwortet darauf, dass es sich nicht um Pressemitteilungen der Verwaltung handele, sondern um Berichterstattungen der Presse, was sich darin unterscheide, dass die Verwaltung auf letztere keinen Einfluss habe. Bei dem Bericht zur Vollstreckung von Bußgeldbescheiden der Stiftung handele es sich um eine Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Andere, die auch im RIS nachzulesen und in schriftlicher Form an alle Fraktionen ausgereicht worden sei. Die Antwort zu der Kleinen Anfrage sei rechtlich korrekt, da die Stiftung selbst Vollstreckungsbehörde sei.

Frau Fischer informiert bezüglich der Mietverträge, dass hier Räume an die Freien Träger übertragen wurden, die ihr Geschäftsbereich beim KIS angemietet habe. Auf die Nachfrage von Frau Bankwitz, wer in der Übergangszeit für die Gebäudesicherung zuständig sei, erklärt Herr Richter, dass bis zur Übergabe der Gebäude an den KIS bzw. den GB 2 der Sanierungsträger die Verantwortung dafür trage.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wie mit der Problematik der Befangenheit bezüglich der von Herrn Kirsch gestellten Kleinen Anfrage zum Gutachter Herrn Vogel umgegangen werde. Herr Exner entgegnet, dass es keine Hinderungsgründe für die Beantwortung der Kleinen Anfrage gegeben habe, obwohl auch er meine, dass hier ein privater Zusammenhang nahe liege. Ein ähnliches Problem habe es schon einmal mit einer Fragestellung des Herrn Kirsch gegeben und auf

Nachfrage bei der Kommunalaufsicht sei darauf hingewiesen worden, dass diese zu beantworten sei, wenn nicht eine Befangenheit im engsten Sinne vorliege und die Verwaltung rechtlich gehalten sei, diese zu beantworten. Deshalb sei zu überlegen, ob in der Hauptsatzung eine Art Kodex aufgenommen werde, der dazu verpflichte, Fragestellungen dieser Art zu unterlassen bzw. das Mandat nicht zu privat nützlichen Zwecken einzusetzen. Das könne aber nur eine Selbstverpflichtung sein, da es kommunalrechtlich bis zu einem gewissen Maß erlaubt sei.

Frau Dr. Schröter merkt kritisch an, dass die Verwaltung, in persona Herr Exner, entgegen sonstiger Gepflogenheiten sehr offen über die finanziellen Hintergründe des Herrn Bruckner im Zusammenhang mit dem Brockeschen Haus informiert habe und fragt, ob dies ein korrektes Vorgehen in einem schwebenden Verfahren sei. Herr Exner antwortet, dass er keine Aussagen zu den finanziellen Verhältnissen sondern nur zum Stammkapital getroffen habe und über diese könne sich jeder, der es denn wolle, entsprechend informieren, da sie öffentlich zugänglich seien. Frau Dr. Schröter verweist nochmals auf die Unüblichkeit dieser Verfahrensweise und merkt an, dass sie das Gefühl habe, die Diskussion werde diesbezüglich zielgerichtet gelenkt. Dem widerspricht Herr Schubert und verweist darauf, dass Herr Bruckner selbst sehr detailliert zum Verhandlungsstand in der Presse informiert habe.